

Genfer Wohnungsnot

Hauptgrund für sozialen Abstieg

Mehr als 5000 Gesuche für eine Sozialwohnung sind bei den zuständigen Stellen des Kantons Genf hängig. Auf der entsprechenden Warteliste der Stadt Genf stehen 3500 Menschen. In guten Jahren kann vielleicht ein Zehntel von ihnen damit rechnen, eine Wohnung zu erhalten. Die Stadt verfügt über 5200 Sozialwohnungen. Geschiedene mit Kindern und MieterInnen, die zwangsgeräumt wurden, haben bei der Vergabe dieser Wohnungen Vorrang - doch auch hier gibt es eine Warteliste von mehreren Hundert Personen.

Die Wohnungsnot in Genf ist akut: laut der Mieterinnenorganisation Asloca ist sie das Resultat neuer Besitzverhältnisse. Nicht mehr institutionelle, langfristig orientierte InvestorInnen bestimmen die Marktpreise, sondern spekulativ orientierte Immobiliengesellschaften mit kurzfristigen Renditezielen von dreizehn bis achtzehn Prozent. Für Tausende von GenferInnen werde so die Wohnungssuche „zu einem grotesken und erschöpfenden Leidensweg“, schreibt die Zeitung „Le Temps“. Gewisse VermieterInnen verlangen Fantasiepreise: Auf Intervention der Asloca musste beispielsweise der Mietzins einer Wohnung von 6000 auf 1500 Franken gesenkt werden. Andere BesitzerInnen profitieren von der Wohnungsnot, indem sie befristete Mietverträge abschliessen und die Preise bei jedem Wechsel erhöhen. Das hat auch zur Folge, dass es kaum mehr Mietzinsanfechtungen gibt.

Ausgesteuerte, Verarmte und Randständige sind von dieser Situation besonders betroffen. Die Notunterkunft von Carrefour-Rue bietet bis zu zwanzig Unterkünfte, davon sind im Durchschnitt siebzehn besetzt. Auch sieben Häuser und Wohnungen für Wohngemeinschaften sowie fünfzehn Einzimmerwohnungen gehören zum Angebot der Organisation.

Der Mangel an bescheidenen Wohnungen zu erschwinglichen Preisen ist einer der Hauptgründe für sozialen Abstieg und Verelendung im Kanton Genf, sagt der Mieterverband. Und dieser Mangel ist mit ein Grund dafür, dass obdachlose und marginalisierte Menschen auch beruflich nur schwer wieder Fuss fassen können.

Carrefour-Rue fordert, dass in Zukunft bei jedem Neubau obligatorisch eine Anzahl von Notwohnungen mitgebaut wird. „Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht und die Grundlage für das Recht auf Menschenwürde“, schreibt Noel Constant im Jahresbericht 2010 von Carrefour-Rue. „Dass es heute infrage gestellt wird und man sogar davon spricht, es aus dem Entwurf für eine neue Kantonsverfassung zu streichen, zeigt, wie gefährdet unsere Errungenschaften in Sachen Menschenrechte sind.“

Helen Brügger.

WOZ. Donnerstag, 16.6.2011.

Personen > Brügger Helen. Wohnungsnot. 16.6.2011.doc.